



Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Erfurt, Jena, Magdeburg, Halle, Rostock ... Überall im Land sind in den letzten Tagen Menschen auf die Straßen gegangen, um gegen die Politik der AfD und Rechtsextremismus zu protestieren. Und das zu Hunderttausenden: Allein 100 000 Demonstranten waren es in Berlin, 200 000 in München, 70 000 in Köln und je an die 40 000 in Dresden und Leipzig.

Aber auch in vielen kleinen Städten erhoben die Menschen ihre Stimme gegen rechts: Um die 3500 kamen in Cottbus und 2000 in Görlitz zusammen. Im brandenburgischen Spremberg demonstrierten 300 Teilnehmer unter dem Motto „Bunte Zukunft statt braunes Hinterland“.

1200 Menschen taten sich auch auf dem Alten Markt in Stralsund zusammen. Insgesamt waren es mit die größten Demonstrationen, die unser Land in den letzten Jahrzehnten gesehen hat.

Auslöser für die Proteste war ein Geheimtreffen im November 2023 in Potsdam, das vom Rechercheverbund „Correctiv“ aufgedeckt wurde. Dabei berieten u. a. hochrangige AfD-Politiker, Mitglieder der Wertunion und der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner

über eine Art Masterplan, der die Vertreibung von vielen Millionen Menschen, auch mit deutschem Pass und ausländischen Wurzeln, aus Deutschland vorsah. Eine Enthüllung, die großes Aufsehen erregte – und offenbar viele Bürgerinnen

„Eine Zuschauer-Demokratie funktioniert nicht. Das endet in Diktatur“

Dr. Martina Weyrauch

Kommt jetzt der Aufstand gegen rechts?

Seitdem das Geheimtreffen von Rechtsextremen bekannt wurde, **protestieren plötzlich viele Menschen gegen rechte Politik**. Eine Expertin erklärt, was das für unsere Demokratie bedeutet



POTSDAM Etwa 10 000 Menschen versammelten sich in Potsdam. Zu der Kundgebung hatte Oberbürgermeister Mike Schubert (l.) aufgerufen. Kanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock waren ebenfalls vor Ort

sei wichtig. „Viele Menschen sind sehr verärgert über politische Entscheidungen, aber gleichzeitig nicht bereit, sich zu engagieren.“ Aber: „Eine Zuschauer-Demokratie funktioniert nicht. Wenn wir uns nicht engagieren und ins Private zurückziehen, weil wir denken, wir können eh nichts ausrichten – dann landen wir wieder in einer Diktatur. Das sehen wir in Ländern wie Russland.“

Zu dieser Auseinandersetzung gehöre es aber auch, andere Meinungen auszuhalten – und Kompromisse zu finden. „Denn auch Kompromisse sind Ausdruck einer lebendigen demokratischen Kultur.“ Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, wo sich auch neue Parteien gegründet haben, sei sehr viel Bewegung in der Debatte. „Auch das müssen wir als Ausdruck einer lebendigen Demokratie betrachten. Für seine eigenen Interessen muss man sich trotzdem engagieren – und da sehen wir, dass das bei diesen großen Demonstrationen jetzt passiert.“

Die Proteste und Kundgebungen sollen überall weitergehen, u. a. am 4. Februar in Berlin. Auch die christlichen Kirchen und der Deutsche Fußballbund haben inzwischen mobil gemacht.

J. Schellschmidt, C. Fenske

und Bürger nun alarmierte. Erwartet uns jetzt eine große Demonstrationswelle in Deutschland, vielleicht sogar ein Aufstand gegen rechts?

Dr. Martina Weyrauch, die seit 24 Jahren die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung leitet, glaubt nicht daran. „Ich denke, die Proteste sind ein wichtiges Signal, mit dem Menschen deutlich machen, dass sie rassistischen, nicht-freiheitlichen und auch dogmatischen Theorien nicht folgen wollen“, erklärt sie gegenüber *SuperIllu*. „Aber man sollte sie auch nicht überschätzen.“ Denn, so Weyrauch, unser freiheitliches System brauche vor allem demokratisches Engagement im Kleinen, im Nicht-Sichtbaren. „Etwa in Vereinen, oder in Auseinandersetzungen mit dem Nachbarn oder auch Abgeordneten.“

Diese vorhandenen Strukturen der Demokratie zu nutzen,



BERLIN Etwa 100 000 Menschen versammelten sich lautstark vor dem Brandenburger Tor



HALLE 16 000 Menschen protestierten gegen rechte Politik. Etwa 1800 kamen in Magdeburg zusammen



DRESDEN Bis zu 40 000 protestierten hier. Auch in Görlitz, Chemnitz, Radeberg und Pirna gab es Proteste



ERFURT 9 000 demonstrierten unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“. In Jena waren es mehr als 3 000



STRALSUND Rd. 1200 Menschen demonstrierten auf dem Alten Markt. Proteste gab es auch in Rostock und Schwerin